

Korrigierte und vom Gemeinderat genehmigte Fassung.

5. Sitzung vom Montag, 15. November 2010, 19.00 bis 20.45 Uhr, im reformierten  
Kirchgemeindehaus

**Anwesend:** Gemeinderat  
27 Mitglieder

**Stadtrat**

Walter Bosshard, Stadtpräsident

Walter Baur

Mark Eberli

Jürg Hintermeister

Hanspeter Lienhart

Willi Meier

Willi Wismer

Christian Mühlethaler, Stadtschreiber

Roger Suter, Stadtschreiber-Stv.

**Entschuldigt:** Bruno Basler, Gemeinderat

**Vorsitz:** Andrea Spycher

**Protokoll:** Severine Schwarz, Ratssekretärin-Stv.

**Weibeldienst:** Gino Taiana, Stadtweibel

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderats und des Stadtrats, die Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die Behördenmitglieder sowie das Publikum und die Pressevertreter.

## Protokoll

Behörde Gemeinderat



Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

### Traktandenliste

Die Traktandenliste wird wie folgt gutgeheissen:

1. Protokoll der Sitzung vom 4. Oktober 2010
2. Postulat Samuel Lienhart betr. Faires Beschaffungswesen – Begründung
3. Motion Roger Emch und Mitunterzeichner betreffend Tempo 30 - Begründung
4. Interpellation Andrea Schmidhauser und Mitunterzeichner  
betr. Tempo-30-Zone in der Gringglen/Böswisli – Begründung
5. Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderats – Aufteilung nach Geschäftsfeldern
6. Entwicklung und Herausgabe eines Stadtblatts, Informationen über Bülach, herausgegeben vom Stadtrat - jährlich wiederkehrende Ausgabe von 104 000 Franken
7. Information Stadtpräsident Walter Bosshard zum Legislaturprogramm 2010-2014
8. Information Stadtpräsident Walter Bosshard zur 1200-Jahr-Feier
9. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
10. Diverses

Traktandum 1

#### **Protokoll der Sitzung vom 4. Oktober 2010**

Das Protokoll der Sitzung vom 4. Oktober 2010 wird einstimmig genehmigt und der Verfasserin verdankt.

Traktandum 2

#### **Postulat Samuel Lienhart betr. Faires Beschaffungswesen - Begründung**

Samuel Lienhart und Mitunterzeichner haben mit Datum 3. Oktober 2010, eingegangen am 4. Oktober 2010, ein Postulat betreffend faires Beschaffungswesen eingereicht.

## Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

**Samuel Lienhart** begründet das Postulat wie folgt: „Bund, Kantone und Gemeinden beschaffen pro Jahr für rund 34 Milliarden Franken verschiedenste Waren, Dienst- und Bauleistungen. Viele Waren, die in unser Land eingeführt werden (z.B. Steine für den Strassenbau, Textilien fürs Altersheim, Bälle für den Sportunterricht usw.), sind unter menschenverachtenden Bedingungen hergestellt worden.“

Das öffentliche Beschaffungswesen kann dazu beitragen, die Gesellschaft zur Nachhaltigen Entwicklung anzuleiten und die Lebensqualität der Menschen nicht nur lokal, sondern weltweit zu verbessern.

Wie der Bundesrat in seinem Bericht ‚Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002‘ schreibt, sollen Produkte und Dienstleistungen über ihren gesamten Lebenszyklus (Planung, Herstellungs-, Nutzungs- und Entsorgungsphase) hohen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Anforderungen genügen. Seither hat der Bundesrat seine Absicht bekräftigt und den Aspekt der sozialen und ökologischen Anforderungen bei Beschaffungen in der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen festgehalten.

Mit dieser rechtlichen Grundlage hat die Schweiz acht Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz fundamentaler Arbeitsnormen von den Anbieterinnen und Anbietern ratifiziert. Die Kernübereinkommen enthalten folgende Grundprinzipien: 1. Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlung, 2. Beseitigung der Zwangsarbeit, 3. Abschaffung der Kinderarbeit und 4. Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf.

Unter verschärften Wettbewerbsbedingungen verhindert ein fairer Handel einerseits, dass soziale und ökologische Dumpingangebote bei uns KMUs aus dem Markt werfen und unsicheren, schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen Vorschub leisten. Andererseits fördert ein fairer Handel das wirtschaftliche Gedeihen der Länder des Südens. Menschenwürdige Arbeitsbedingungen bekämpfen die Armut in diesen Ländern und entziehen die Grundlage für die Migration.

Dazu können auch wir als Stadt Bülach unseren Beitrag leisten: Was für das Beschaffungswesen beim Bund gilt, soll auch für uns Gültigkeit haben. Zu Recht hält deshalb auch der Stadtrat in seinen Legislaturzielen fest, dass die Beschaffung, Entsorgung und Versorgung sowie der Werterhalt der Infrastruktur nachhaltig erfolgen soll.

Faire Beschaffung muss nicht teurer sein. Bei vielen Produkten beträgt der Preisunterschied zu zertifizierten Produkten, welche faire Arbeitsbedingungen garantieren, nur wenige Prozente. Die leicht höheren Materialkosten fallen in der Gesamtsumme kaum ins Gewicht. Es darf nicht sein,

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

dass der gesparte Franken die Ausbeutung von Menschen und die Verletzung von Grundrechten verursacht.

Ich bitte den Stadtrat dieses Postulat entgegenzunehmen und euch, liebe Ratskollegen, um die Überweisung.“

**Stadtpräsident Walter Bosshard** teilt namens des Stadtrats mit, dass er das Postulat entgegennehme.

**Andrea Schmidhauser** teilt namens der FDP-Fraktion mit: „Als erstes dachten wir: ‚Wow, da nimmt ja jemand unser Anliegen nach Einhaltung der öffentlichen Vergabe auf.‘ Doch bei genauem Lesen wurde uns sofort klar, dass Samuel Lienhart nicht die Vergabepolitik des Stadtrats in Frage stellt, sondern dass er eine neue Überprüfungsstelle schaffen will. Denn er schreibt: ‚Welche Massnahmen sind nötig, um die Bestimmungen der Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO einzuhalten.‘ Das Kernübereinkommen enthält unsere fundamentalen Arbeitsnormen wie das Vereinigungsrecht, das Recht auf Kollektivverhandlungen, das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, die Gleichstellung von Mann und Frau sowie die Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz. Mit der Überweisung des Postulates würden wir also eine Bülacher Stelle schaffen, die überprüfen müsste, ob die Gleichstellung wirklich eingehalten würde und ob die aus China stammenden Randsteine nicht mit Kinderarbeit hergestellt wurden. Diese Forderung geht der FDP-Fraktion zu weit. Wir wollen keine Ausweitung unseres Staatsapparates, weshalb wir das Postulat nicht an den Stadtrat überweisen werden.“

### Diskussion

**Johanna Wirth Calvo** möchte vom Stadtrat wissen, ob es stimme, dass eine neue Stelle geschaffen werden müsste.

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** widerspricht der Aussage von Andrea Schmidhauser. Das Postulat lade den Stadtrat nur ein, zu prüfen. Die Antwort komme schriftlich wieder ins Parlament. Es sei also keine Rede von der Schaffung einer Stelle. Aber geprüft würden die Auswirkungen auf das Submissionswesen. Deshalb sei der Stadtrat der Meinung, es solle seriös abgeklärt werden.

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

### Abstimmung

In der Abstimmung über die Ablehnung der Überweisung beschliesst der Gemeinderat mit 14 Nein : 11 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen die Überweisung des Postulats.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Stadtrat innert sechs Monaten Bericht zu erstatten habe.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Das Postulat von Samuel Lienhart vom 3. Oktober 2010 betreffend faires Beschaffungswesen wird dem Stadtrat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.
2. Die Frist für die Berichterstattung und Antragstellung läuft bis 15. Mai 2011.
3. Mitteilung an den Stadtrat.

Traktandum 3

### Motion Roger Emch und Mitunterzeichner betreffend Tempo 30 - Begründung

Roger Emch und Mitunterzeichner haben mit Datum 29. September 2010 eine Motion betreffend Tempo 30 eingereicht (Eingang 4. Oktober 2010).

**Die Vorsitzende** teilt mit, dass das Büro des Gemeinderats festgestellt habe, dass der Vorstoss nicht motionsfähig sei. Sie fragt Roger Emch, ob er den Wortlaut der Motion ändern und sie in ein Postulat umwandeln wolle.

**Roger Emch** macht von der Umwandlung in ein Postulat Gebrauch. Es seien nun keine Forderungen mehr, sondern eine Einladung an den Stadtrat, bestimmte Massnahmen zu prüfen.

Basis des Postulats seien die Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderats vom September 2010 und die Volksabstimmung von 2005, als die Mehrheit flächendeckend Tempo 30 abgelehnt habe. Beide Grundlagen sähen zwar punktuelle Massnahmen vor, aber nicht flächendeckend Tempo 30.

## Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

Der erste Punkt sei schon mit der Einleitung erklärt: Der Stadtrat möge prüfen, ob die heutigen Zonen nicht schon ausreichen würden und ob auf die Schaffung neuer Zonen verzichtet werden könne.

Zweitens: Kinder bedürften eines grösseren Schutzes als Erwachsene, weil sie Gefahren schlechter einschätzten. Deshalb sei in Betracht zu ziehen, als letzte Massnahme Tempo 30 einzuführen. Aber eine totale Sicherheit auf dem ganzen Schulweg gebe es nicht. Denn dann hätte man letztlich flächendeckend Tempo 30, was den Volksentscheid ausheble.

Im zweiten Punkt sei auch aufgeführt, dass Massnahmen zeitlich begrenzt würden. Gemäss Strassenverkehrsgesetz könne nämlich geprüft werden, ob Massnahmen auf die Hauptverkehrszeiten begrenzt werden könnten. Für die Sicherheit der Schüler müsste es eigentlich ausreichen, dass diese Massnahmen auf die Schulzeiten beschränkt würden (Wechselsignalisation). Dann seien nämlich vor allem die Eltern betroffen, welche ihre Kinder zur Schule brächten. Wer an eine Überforderung der Autofahrer glaube, der irre. Beim Baregg funktioniere die Wechselsignalisation gut. Persönlich glaube er, dass die Aufmerksamkeit der Autofahrer sogar noch geschärft werde.

Dritter Punkt: Für eine Tempo-30-Zone brauche es eine gewisse Grösse. Würden jetzt weitere solche Zonen als punktuelle Massnahmen eingeführt, käme es dann trotzdem wieder zu einer Flächendeckung. Er bitte deshalb um Prüfung, ob lediglich Strassen oder Strassenabschnitte auf 30 km/h beschränkt werden könnten.

Vierter Punkt: Der Verkehr sei vorhanden und müsse vernünftig rollen können. Deshalb bitte er um Prüfung, ob Tempo 30 lediglich auf Quartierstrassen beschränkt werden könne.

Er habe zudem erfahren, dass weitere Massnahmen vom Verkehrskonzept abhängig seien. Darin sei Tempo 30 im Auge zu behalten. Er hoffe auf Annahme oder Überweisung des Postulats.

Stadtrat Hanspeter Lienhart gibt namens des Stadtrats bekannt, er sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen, um dem Parlament die Problematik rund um Tempo-30-Zonen aufzeigen zu können.

Manuel Hüsler stellt einen Antrag auf Ablehnung. Er finde es merkwürdig, den Stadtrat zu zwingen, sich etwas zu überlegen, wo dieser sich doch ohnehin dauernd überlege, ob Massnahmen nötig seien.

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

### Diskussion

Keine Wortmeldungen.

### Abstimmung

In der Abstimmung über die Ablehnung der Überweisung beschliesst der Gemeinderat mit 15 Nein : 11 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung die Überweisung des Postulats.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Stadtrat innert sechs Monaten Bericht zu erstatten habe.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Das Postulat von Roger Emch vom 29. September 2010 betreffend Tempo 30 wird dem Stadtrat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen..
2. Die Frist für die Berichterstattung und Antragstellung läuft bis 15. Mai 2011.
3. Mitteilung an den Stadtrat.

Traktandum 4

### **Interpellation Andrea Schmidhauser und Mitunterzeichner betr. Tempo-30-Zone in der Gringglen/Böswisli – Begründung**

---

Andrea Schmidhauser und Mitunterzeichner haben mit Datum 4. Oktober 2010, eingegangen am 4. Oktober 2010, eine Interpellation betr. Tempo-30-Zone in der Gringglen/Böswisli eingereicht.

**Andrea Schmidhauser** begründet die Interpellation wie folgt: „Am 4. Oktober 2008 hat der Bülacher Stadtrat mit der Publikation ‚Verkehrsordnung Tempo 30-Zone Gringglen/Böswisli‘ den Grundstein zur umstrittenen, grossräumigen Tempo-30-Zone gelegt. Dies missfiel verschiedenen Bülachern, weshalb auch prompt dagegen rekuriert wurde. Unter anderem auch von der FDP. Wir

## Protokoll

Behörde Gemeinderat



Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

forderten in unserem Rekurs, dass die vielbefahrenen Sammelstrassen Feld- und Allmendstrasse von der Temporeduktion ausgenommen werden. Leider hat der Zürcher Regierungsrat am 26. Mai 2010 weder uns noch einen der anderen Rekurrenten als rekurslegitimiert betrachtet, weshalb unser Anliegen gar nie materiell geprüft wurde.

Ein weiterer Stein des Anstosses war der am 5. Februar 2009 genehmigte Kredit über 130 000 Franken für die Signalisationsänderung und die baulichen Massnahmen zur Umsetzung der Tempo-30-Zone. Diesen Kredit sprach der Stadtrat nämlich, obwohl drei Rekurse beim Regierungsrat hängig waren und das Vorhaben vorerst gar nicht umgesetzt werden durfte.

Jetzt, nachdem weder wir noch einer der anderen Rekurrenten den Rekurs weitergezogen haben, genehmigt der Stadtrat am 22. September 2010 einen Nachtragskredit von 85 000 Franken für die baulichen und signalisationstechnischen Massnahmen zur Errichtung der Tempo-30-Zone im Gebiet Gringglen/Böswisli. Der enorm grosse Nachtragskredit von 65 Prozent wurde nötig, weil der ursprüngliche Kredit angeblich nur auf einer Grobkostenschätzung basierte.

Wie kann der Stadtrat einen Kredit basierend auf einer Grobkostenschätzung sprechen, wenn er sich seiner Sache bezüglich Umsetzung doch so sicher war? Weshalb hat der Stadtrat überhaupt den ersten Kredit für ein sistiertes Verfahren gesprochen? Da frage ich mich schon, ob die Bülacher Bauabteilung einfach nur unseriös arbeitet oder ob das Ganze bewusst so aufgegleist wurde. Es würde mich zumindest nicht überraschen, wenn die Bauabrechnung nach Abschluss sämtlicher Strassenverbauungen über der stadträtlichen Kreditkompetenz (> 299 999 Franken) zu liegen käme.

Als bürgerliche Parlamentarierin stösst mir ein solches Vorgehen sehr sauer auf. Vor allem wenn man bedenkt, dass der Gemeinderat in der vorgängigen Sitzung neue Grundsatzbeschlüsse erliess, nach welchen das bereits aufgegleiste Vorhaben gar nicht zulässig wäre. Die neuen Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderats fordern nämlich:

- ‚Die Strasseninfrastruktur ist so anzulegen, dass ein flüssiger Verkehr ohne Behinderungen möglich ist.‘ Oder will mir jemand weismachen, dass die bereits ausgeführten Strassenverengungen und die einseitigen Schwellen einen flüssigen Verkehr ohne Behinderung ermöglichen?
- Ferner forderten wir: ‚Tempo-30-Zonen werden auf Quartierstrassen und Zonen um Schulhäuser und Kindergärten beschränkt‘. Da die Feld- und die Allmendstrasse, welche nun auch die Verkehrsbehinderungen aufweisen, Sammelstrassen sind, dürften diese beiden Strassenzüge nicht mehr tempobeschränkt werden.

## Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

Der Stadtrat ignorierte den Volkswillen vom 30. Oktober 2005, worin sich 65 Prozent der Bülacher gegen flächendeckende Tempo-30-Zonen aussprachen. Er negierte aber auch die neuen, aktuellen Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderats, an welche er sich zu halten hat, und hielt an seinem auf-gegleisten Weg fest. Ebenso werden wir laufend mit komplett danebenliegenden Kostenvoranschlägen/Kostenschätzungen konfrontiert. Dieses Vorgehen enttäuscht und macht wütend.

Deshalb erwarten ich und meine Mitunterzeichner nun detaillierte Auskunft auf nachfolgende Interpellationsfragen:

- Weshalb genehmigt der Gesamtstadtrat den enorm hohen Nachtragskredit von +65% für die geplante Tempo-30-Zone in der Gringglen?
- Warum genehmigt der Stadtrat neue Kredite die den neuen geltenden Grundsatzbeschlüssen des Gemeinderats widersprechen?
- Gedenkt der Stadtrat auch zukünftig sich den geltenden Grundsatzbeschlüssen zu widersetzen, indem er Tempo 30 auf Sammel- und Zufahrtsstrassen einrichtet?
- Hat der Stadtrat sich auch überlegt, ob man (insbesondere auch wegen der exorbitanten Mehrkosten) auf die flächendeckende Tempo-30-Zone Gringglen verzichten könnte?
- Und/oder nur eine redimensionierte Tempobeschränkung auf den Quartierstrassen (wie es die FDP in Ihrem Rekurs forderte) umsetzen könnte?
- Welches sind die genauen Mehrkosten, die zu diesem Nachtragskredit führten?
- Was beinhalteten der 1. und der 2. Kreditantrag alles für Leistungen?
- Wer war zuständig für Kredit- und Projektvorabklärungen?
- Hätten diese Mehrkosten bei einer seriösen ersten Kreditabklärung verhindert werden können?
- Wie will der Stadtrat zukünftig solchen mangelnden Kreditvorabklärungen begegnen?
- Der Stadtrat wird gebeten, uns den ursprünglichen Kredit von 130 000 Franken detailliert zu beschreiben (resp. den entsprechenden KV) sowie den neuen detaillierten Kostenvoranschlag von Total 215 000 Franken offen zu legen!"

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** erteilt die Antwort sofort:

- Der Entscheid sei im Stadtrat aufgrund einer Petition von Anwohnern und der Primarschule gereift. Daraufhin habe der Stadtrat eine verkehrstechnische Studie des Ing. Büro Suter von Känel ausarbeiten lassen, was zwingend sei bei einer Tempo-30-Zone, und zur Vorprüfung an den Kanton geschickt. Den Zusatzkredit habe er bewilligt, weil der Stadtrat nach wie vor der Meinung sei, eine Einführung von Tempo 30 im Quartier Bösvisli/Gringglen sei sinnvoll.

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

- Wie bei der Motion Roger Emch gehört, sei die Kompetenz für verkehrsberuhigende Massnahmen beim Stadtrat. Es sei klar, dass bezüglich der Grundsatzbeschlüsse politische Diskussionen ausgelöst würden.
- Neue Tempo-30-Zonen würden aufgrund von verkehrstechnischen Gutachten von Fall zu Fall geprüft. Er mache auch auf das Streitgespräch mit Roger Emch in der Zeitung aufmerksam. Bei der Tempo-30-Zone Hohfuri habe der Stadtrat entschieden, nur punktuelle Massnahmen beim Schulhaus Hohfuri und dem Kindergarten an der Dachslenbergstrasse zu ergreifen. Der Stadtrat wolle die Erkenntnisse aus dem Gesamtverkehrskonzept abwarten.
- Ein Verzicht auf die flächendeckende Tempo-30-Zone Gringglan habe sich der Stadtrat nicht überlegt. Es habe keinen Rückkommensantrag gegeben und er verweise auf Punkt 1.
- Eine verkehrstechnische Studie von Suter von Känel habe als Grundlage für die Vorprüfung durch die Kantonspolizei gedient. Mehrkosten hätten sich aus der Submission der Arbeiten ergeben. Der entsprechende Stadtratsbeschluss werde dem Protokoll beigelegt.
- Kredit- und Projektvorabklärungen würden in seinem Ressort gemacht und führten zu einem Stadtratsbeschluss.
- Die Mehrkosten bedaure er auch. Zuerst sei die verkehrstechnische Studie erfolgt, nachher habe das Auflageverfahren nach Art. 13 StVG stattgefunden. Wenige Vernehmlassungen seien eingegangen. Rekurse seien von der FDP und Roger Emch eingegangen. Beide seien vom Regierungsrat abgelehnt worden, weil die Personen nicht rekurslegitimiert gewesen seien. Ein weiterer Bürger rekurrierte, der eine wesentlich weitere Ausdehnung dieser Tempo-30-Zone forderte.
- Er bedaure die Mehrkosten, aber die Bauabrechnung sollte nun nicht höher sein
- Die gewünschten Zahlen könnten dem Stadtratsbeschluss entnommen werden.

**Andrea Schmidhauser** dankt für die Beantwortung. Sie weise zur zweiten Frage darauf hin, dass gemäss Gemeindeordnung Art. 15 der Gemeinderat im Rahmen der Steuerung die Aufgabe zum Erlass von Grundsatzbeschlüssen habe. Das heisse, dass die Grundsatzbeschlüsse für den Stadtrat, auch wenn sie ihm nicht gefallen würden, verbindlich seien. Auch wenn die detaillierte Umsetzung in der Stadtrats-Kompetenz liege, seien die Grundsatzbeschlüsse zu berücksichtigen.

Die **Vorsitzende** gibt bekannt, dass dieses Geschäft somit abgeschlossen sei.

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

Traktandum 5

### **Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderats – Aufteilung nach Geschäftsfeldern**

---

Das Büro hat einen Vorschlag für die Aufteilung der Grundsatzbeschlüsse nach Geschäftsfeldern erarbeitet. Der Vorschlag wurde allen Gemeinderatsmitgliedern zugestellt.

#### **Eintretensdebatte**

Alle Fraktionen sind für Eintreten.

#### **Fraktionserklärungen**

**Manuel Hüsler** sagt, am 6. September 2010 habe sich die bürgerliche Mehrheit mit ihren Grundsatzbeschlüssen von ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung verabschiedet. Benachteiligte Menschen und ökologische Anliegen hätten bei ihnen keinen Platz. Eine Diskussion hätte, wäre es nach der FDP gegangen, gar unterdrückt werden sollen. Die SP distanzieren sich von den Grundsatzbeschlüssen. Sie seien besorgt, wie Mehrheiten mit Minderheiten umgingen, und werde sich deshalb der Stimme enthalten.

**David Weingartner** meint namens der SVP/EDU-Fraktion, dass die Vorschläge des Büros gut seien. Die Grundsatzbeschlüsse seien ja auch nicht abgeändert worden. Sie seien einstimmig für die Verabschiedung.

#### **Detailberatung**

Keine Wortmeldungen.

#### **Abstimmung**

In der Abstimmung stimmt der Gemeinderat mit 15 Ja : 0 Nein-Stimmen bei 12 Enthaltungen der Aufteilung der Grundsatzbeschlüsse auf die vorgeschlagenen Geschäftsfelder zu.

## Protokoll

Behörde Gemeinderat



Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

Traktandum 6

### **Entwicklung und Herausgabe eines Stadtblatts, Informationen über Bülach, herausgegeben vom Stadtrat – jährlich wiederkehrende Ausgabe von 104 000 Franken**

---

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der FK IV und der RPK vor. Beide beantragen einstimmig die Ablehnung des stadträtlichen Antrags.

Für die FK IV referiert **Esther Caviola**: Anliegen des Stadtrats sei die Verbesserung von Kommunikation und Information gegenüber diversen Gruppen. Er sehe Handlungsbedarf aufgrund der Bevölkerungszunahme, der Situation der Medienlandschaft etc. Das Stadtblatt solle viermal jährlich erscheinen, Hintergrundinformationen vermitteln etc. Die FK IV lehne den Antrag einstimmig ab, denn: Vermehrtes Interesse bei Einwohnern wecken und eine verantwortungsvolle Kommunikationspolitik betreiben, unterstütze die FK zwar. Aber in der vorgeschlagenen Form könne das Ziel nicht erreicht werden. Die gedruckte Form entspreche nicht mehr dem heutigen Zeitgeist. Mit dem vorliegenden Stadtblattkonzept wecke man kein Interesse. Das Konzept sehe auch nicht vor, Gruppierungen zu Wort kommen zu lassen. Das hätte vielleicht noch Leser angezogen. Auch wäre ein vierteljährliches Blatt nicht aktuell. Das seien zwei grosse Mängel. Das Stadtblatt würde wohl wie eine andere Bahnhofszeitung in der Papiersammlung enden. Auch der Anspruch „sachliche Informationen“ gehe nicht auf, weil das Stadtblatt ja eigentlich ein Stadtrats-Blatt wäre. Also würde einseitig die Sicht des Stadtrats dargestellt. Betreffend Medienlandschaft sei unbestritten, dass man in letzter Zeit nicht glücklich über einige Berichte in der Tagespresse gewesen sei. Doch die Tagespresse könne nicht vom Stadtblatt ersetzt werden. Weiter sollte das Stadtblatt gemäss Antrag auch als Information an den Gemeinderat gelten. Doch dies müsse ohnehin laufend geschehen. Der Gemeinderat könne nicht auf eine vierteljährliche Ausgabe warten. Die FK sei also zum Schluss gekommen: Wer sich informieren wolle, habe auch heute genügend Möglichkeiten, wie z.B. mit der Gemeinderatspost, der Homepage etc. Die Berichterstattung könnte kostenlos verbessert werden. Deshalb sei die FK einstimmig für Ablehnung.

Für die RPK referiert **David Galeuchet**: Die RPK finde die Kosten pro Ausgabe zu hoch. Auch sei das Konzept mit den vielen Bildern unnötig. Weiter sei die Aktualität mit einer vierteljährlichen Erscheinung nicht gewährleistet.

### **Eintretensdebatte**

Alle Fraktionen sind für Eintreten.

## Protokoll

Behörde Gemeinderat



Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

### Fraktionserklärungen

Laut **David Galeuchet** würde die Grüne Fraktion eine Publikation für die Bürger begrüßen, gerade um auch weniger verwurzelte Personen anzusprechen. In geplanter Form mache das Stadtblatt für sie aber keinen Sinn. Es solle in erster Linie informieren, nicht nötig seien Farbe und Bilder. Die Publikation solle mit ihrem Inhalt überzeugen. Aus ökologischen Gründen sei auf eine papierlose Variante auszuweichen. Evtl. könnte im Stadtführer, im Geschäftsbericht, in der 1200-Jahr-Schrift oder im Abfallkalender erstmalig darauf hingewiesen werden. Dann könnte man einen Newsletter erstellen, den interessierte Bürger abonnieren könnten. Die Homepage habe den Vorteil, dass man rasch und kostengünstig informieren könne und in hoher Frequenz. Auf Wunsch könnte auch eine Papierversion abgegeben werden, z.B. bei der Verwaltung oder im Alterswohnheim. Deshalb wolle die Grüne Fraktion das Geschäft zur Überarbeitung zurückweisen.

Gemäss **Marc Ellena** unterstützt die SVP/EDU-Fraktion einstimmig die Ablehnungsanträge von FK IV und RPK. Nicht weil sie der Meinung sei, die regionale Presse berichte ausgewogen. Aber 104 000 Franken für viermal sechs Seiten seien zu viel für unaktuelle News. Sie sei auch der Meinung, dass man mit anderen Varianten das Ziel auch erreichen könne.

Für **Patrick Tantanini** ist es unbestritten, dass im Bereich Kommunikation etwas zu unternehmen sei. Aber ob mit viermal sechs Seiten informiert werden könne, sei ein grosses Fragezeichen. Die FDP-Fraktion sei der Meinung, dass das Stadtblatt über das Ziel hinausschiesse. Gemeinderats-Drucksachen, Internet und Presse böten genügend Möglichkeiten. Es würden keine neuen Leser angesprochen. Und die Neutralität des „Stadtrats-Blatt“ sei in Frage gestellt. Sie könnten sich ein Magazin vorstellen, wo auch Vereine und Parteien Platz hätten, inkl. Veranstaltungskalender. Vielleicht müsste auch der Stadtrat seine Kommunikationsart nochmals überdenken. Die Geheimniskrämerei sei nicht immer förderlich für die Presse. Der Bericht über die Stadtrats-Sitzung von letzter Woche sei winzig gewesen. Eine bessere Information für alle wäre förderlich.

**Simone Dunyo** sagt, ein Stadtblatt mit viermal sechs Seiten würden sie als kein sinnvolles Kommunikationsinstrument betrachten. Die Kommunikation müsse umfangreicher und regelmässiger sein. Interessierte wüssten bereits, wie sie zu Informationen kämen und andere würden das Blatt kaum anschauen.

**Walter Fehr** findet, dass der Stadtrat einem erhöhten Kommunikations- und Informationsbedarf gerecht werden wolle, sei grundsätzlich zu begrüßen. Obschon FK IV und RPK eine Ablehnung empfehlen würden, meine die SP, dass eine Ablehnung kaum sinnvoll sei. Sie würden das Geschäft

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

zurückweisen, damit Form, Zielsetzung und Rhythmus nochmals überdacht werden könnten. Es dürfe nicht nur ein Infoblatt des Stadtrats sein.

**Stadtpräsident Walter Bosshard** teilt mit, dass es sich der Stadtrat nicht leicht gemacht habe und die Kommunikation tief diskutiert habe. Varianten seien geprüft worden und es sei ihm bewusst, dass es nicht aktuell und kostspielig sei. Es gehe aber eben darum, dass Kernprojekte vertiefter sollen behandelt werden können. Es sei ihm bewusst, dass Kommunikation ein wichtiges Führungsinstrument sei. Und die ganze Bevölkerung solle mit Informationen bedient werden. Dies sei wichtig für die eigene Meinungsbildung. Er sei enttäuscht, dass eine Ablehnung beschlossen worden sei, ohne dass ein Gespräch habe geführt werden können, so wie dies sonst der Fall sei. Sie würden aber trotzdem an der Kommunikation arbeiten. Sie hätten viele Kanäle. Das seien z.B. die Tageszeitungen, worauf er dann später noch eingehen würde. Dann sei man im Internet gut aufgestellt. Im Jahr 2010 habe [www.buelach.ch](http://www.buelach.ch) bisher 300 000 Besucher verzeichnet, davon hätten sich 120 000 über eine Minute und 60 000 über vier Minuten auf der Seite aufgehalten. Eine Printinfo wäre aber sicher noch besser. Das einzig Positive, das er einer Rückmeldung abgewinnen könnte, sei, dass sich Links und Rechts einig sei.

### Detailberatung zum Rückweisungsantrag

**Esther Caviola** ist für Ablehnen des Rückweisungsantrags, weil der Stadtrat ohnehin die Kommunikation weiter prüfe.

**Alfred Schmid** sagt, er sei lange hin- und her gerissen gewesen, weil ein Bedürfnis nach besserer Information bestehe und weil man in Gemeinderat und Stadtrat nicht mit der Tagespresse zufrieden sei. Darüber habe man auch in der RPK diskutiert. Die Grundhaltung in der RPK sei eindeutig gewesen, deshalb sei sie der Meinung gewesen, es brauche keine Beratung und Erklärung. Das sei eigentlich nicht der Normalfall. Er unterstütze persönlich die Ablehnung einer Rückweisung. Dies eröffne die Chance, alles nochmals grundsätzlich anzugehen: Schnelle, einfache und häufigere Info, elektronisch und wie man mit der Presse umgehe.

**Stefan Schnegg** meint, wenn das Stadtblatt zurückgewiesen würde, solle es kein Stadtblatt geben. Die Kommunikationsformen mögen geprüft werden, aber ein farbiges Blatt würden sie nicht wollen.

In der Abstimmung wird die Rückweisung mit 20 Nein : 6 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

### Detailberatung

**Esther Caviola** bemerkt, dass die FK IV selbstverständlich eingeladen habe, aber dass nur ein Datum zur Verfügung gestanden sei. Der Stadtrat habe keinen Vertreter schicken können. Wie in der RPK sei die Stimmung schon so dagegen gewesen, dass man auch keine grosse Bemühungen angestrebt habe.

**Stadtpräsident Walter Bosshard** entgegnet, dass man auf das Datum der Eröffnung der Bülimäss eingeladen worden sei. Christian Mühlethaler und er seien verantwortlich für Stadtmarketing und deshalb verhindert gewesen.

### Abstimmung

In der Abstimmung lehnt der Gemeinderat eine wiederkehrende Ausgabe von 104 000 Franken für die Entwicklung und Herausgabe eines Stadtblatts mit 25 Nein : 0 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Eine jährlich wiederkehrende Ausgabe von 104 000 Franken für die Produktion und vierteljährliche Herausgabe eines neuen Kommunikationsmittels der Stadt, des Stadtblatts, zu Lasten der Kostenstelle 08410 (Konti 840.3190 und 840.5301) wird abgelehnt.
2. Mitteilung an den Stadtrat

Traktandum 7

### **Information Stadtpräsident Walter Bosshard zum Legislaturprogramm 2010-2014**

---

Es wird auch auf Beilage 2 (Präsentation) verwiesen.

**Stadtpräsident Walter Bosshard** informiert, es sei in der Gemeindeordnung festgehalten, dass der Stadtrat in jeder Legislaturperiode aufgefordert sei, ein Legislaturprogramm vorzulegen.

## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat



Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

Als Grundlage habe einerseits der Prozess Stadtentwicklung ab 2008 mit Stadtrat und Geschäftsleitung gedient. Auch habe in der letzten Legislatur die Kontaktgruppe Wirtschaft über die Stadtentwicklung diskutiert. Die Ergebnisse hätten gar nicht weit auseinander gelegen. Ausserdem hätten auch die Ziele aus der Legislatur 2006 – 2010 und ein Vergleich mit den Grundsatzbeschlüssen des Gemeinderats als Basis gedient.

Auf dem Titelblatt stehe mit dem Rathaus das politische Herz der Stadt. Die zweite Folie zeige ein sehr wichtiges Projekt: Bülach Nord. Der Stadtrat rechne auf das Jahr 2025 mit 20 000 Einwohnern. Die Frage sei aber vor allem, wo Bülach 2014 stehe. In dieser Legislatur könnten die wesentlichen Impulse gegeben werden, wie sich Bülach entwickeln werde. Viel Raum werde geschaffen in unmittelbarer Nähe des öffentlichen und individuellen Verkehrs.

Zuoberst stehe die Nachhaltigkeit wie ein Fächer oder eine Klammer über die ganze Tätigkeit. Dann folgten die strategischen Leitsätze, wie auch Leitsätze für eine Nachhaltige Entwicklung. Dann kämen die Top 10 und schliesslich für jedes Geschäftsfeld Ziele und Massnahmen.

Nachhaltige Stadtentwicklung solle immer wieder erklärt werden und Bülach wolle sich ausgeglichen in diesen drei Bereichen entwickeln. Deshalb habe der Stadtrat in den Bereichen Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft Leitsätze formuliert. Der Stadtrat wolle bei Projekten in keinem Bereich einen Verlierer haben, auch wenn Zielkonflikte entstehen könnten.

Kurzer Kommentar zu den Top-10-Zielen.

Walter Bosshard meint, der Stadtrat habe gute Grundlagen geschaffen und freue sich über Reaktionen.

Traktandum 8

### **Information Stadtpräsident Walter Bosshard zur 1200-Jahr-Feier**

---

Es wird auch auf Beilage 3 (Präsentation) verwiesen.

**Stadtpräsident Walter Bosshard** informiert über die 1200-Jahr-Feier: Er lade ein, [www.buelach1200.ch](http://www.buelach1200.ch) zu besuchen. Die zweite Folie zeige einen Originalvertrag aus dem Jahre 811. Dieser liege in St. Gallen und es sei darin um eine Landübertragung gegangen.

## Protokoll

Behörde Gemeinderat



Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

Das Organigramm zeige einerseits das Kernteam, andererseits die OK-Präsidenten. Letztere organisierten sich selbständig, könnten aber die Fachpersonen aus dem Kernteam beiziehen. Das OK sei gut in Form und das Projekt gut auf Kurs. Einzelne Kernprojekte seien

- die Festschrift: Sie erscheine am 2. Januar 2011 und am Weihnachtsmarkt könne man sie bestellen. Sie beinhalte vier ausgewählte Spotlights, der Autor sei Tom Hildebrandt.
- der Stafettenlauf: Die erstmalige Erwähnung Bülachs stamme aus dem Jahr 811 und die Urkunde sei in St. Gallen. Das Doppel wolle man mit Muskelkraft (z.B. Velo, Wandern etc.) nach Bülach bringen. Alle seien eingeladen. Man werde abgeholt und wieder heimgebracht. Wichtig sei, dass man in der ganzen Ostschweiz Werbung machen könne. Am Sonntag, 22. Mai 2011 komme die Urkunde in Bülach an. Er bitte um Anmeldung.
- die Quartierevents: Das Motto sei „zu Gast beim Nachbarn“. Gewachsene aber auch neue Gebiete sollen eine Identität bekommen und sich zeigen. Begegnungen sollen ermöglicht werden und Impulse für nachhaltige Quartierentwicklung gegeben werden. Man habe bereits für verschiedene Daten Zusagen von einigen Quartieren.
- die Jazztage: Vom 8. bis 10. Juni solle im Städtli ein Programm geboten werden.
- das Freilichtspektakel: Die Zürcher Hochschule der Künste habe dafür das Konzept gemacht. Es finde auf dem Lindenhof statt. Schauspieler seien die Spielleute von Seldwyla, es brauche aber noch Laiendarsteller. Er lade zum Mitmachen ein.  
(Das speziell entwickelte Jubiläums-Theater wird vom 16. bis 19. Juni und vom 22. bis 26. Juni 2011 aufgeführt.)
- der Festakt im Rahmen des Büli-Fäschts. (Dieses findet vom 26. bis 28. August 2011 statt.)
- das Büli-Fäscht als traditionelles Fest der Vereine.

Jedes Fest habe sein eigenes Signet, aber ein Bogen spanne sich über das Ganze. Noch offen sei die Gestaltung eines Abschlussanlasses, eine Art Helfer Anlass, der noch organisiert werden müsse.

Weiter gebe es einen Festwein in drei Sorten, einen Malwettbewerb – es seien schon weit über 100 Zeichnungen eingegangen – sowie eine thematische Ausstellung der reformierten Kirche. Die Ausstellung finde mit einem grossen Fest am 22. Mai 2011 statt, wenn die Stafette in Bülach eintreffe. Er freue sich über diesen Einsatz der Kirche.

500 000 Franken habe der Gemeinderat bewilligt. Das aufwendigste Projekt sei das Freilichtspektakel, welches aber zusätzlich über Sponsoren finanziert werden könne. Die Sponsorsuche laufe gut. Alle OK-Mitglieder würden ehrenamtlich arbeiten. Alle Projekte seien finanziert. Abschliessend weise er nochmals auf die Website hin und lade nochmals zum Mitmachen an der Stafette ein.

## Protokoll

Behörde Gemeinderat



Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

Traktandum 9

### Fragen an Kommissionen und Stadtrat

---

**Walter Fehr** verlas an der Sitzung vom 4. Oktober 2010 folgende Anfrage: „Wo bleibt unsere Medienvielfalt? Der Entscheid des Tages-Anzeigers die Regionalredaktion abzubauen, bringt Bülach und unserer Region einen gravierenden Abbau der Medienvielfalt. Für eine fundierte Meinungsbildung im Zürcher Unterland genügt vielen Einwohnern der Zürcher Unterländer alleine nicht. Der beliebte Regionalteil des Tages-Anzeigers mit seiner professionellen, unabhängigen Berichterstattung wird uns sicher fehlen. Wie hat der Stadtrat auf diesen Entscheid reagiert? Was gedenkt der Stadtrat gegen den Abbau bei der regionalen Berichterstattung zu unternehmen?“

**Stadtpräsident Walter Bosshard** fasste die Antwort zwischenzeitlich schriftlich ab (Beilage 4). Der Stadtrat habe den Entscheid des Tagesanzeigers bedauert und stehe ihm mit gewissem Zweifel gegenüber. Aus drei Redaktionen sei noch eine einzige Redaktion geworden. Er befürchte, dass der journalistische Inhalt darunter leide. Er werde aber weiterhin mit der Redaktion in Kontakt bleiben und hoffe für die Bevölkerung auf gute Informationen. Schon heute habe die lokale Berichterstattung nicht mehr die gleiche Stellung wie noch vor ein paar Jahren. Deshalb stelle der Stadtrat in Frage, ob strategische Themen über die Medien kommuniziert werden könnten und habe deshalb den Stadtblatt-Antrag gestellt. Er werde aber auch wie bisher kritisch darauf achten und sich wehren, wenn ihm die Berichterstattung mangelhaft erscheine. Trotz Nein zum Stadtblatt werde er die Kommunikationswege prüfen. Denn Information sei wichtig: Nur wer informiert sei, könne entscheiden.

Traktandum 10

### Diverses

---

**Esther Caviola** kündigt an, dass ein Postulat eingehen werde, welches den Stadtrat auffordere, Massnahmen für einen kostenlosen Zugang zu Hotspots und WLAN zu prüfen. Denn der Nachteil elektronischer Kommunikation sei die eingeschränkte Reichweite.

**Stadtrat Jürg Hintermeister** informiert über „Sound on Ice“. Der Anlass sei im Stillen gewachsen, nachdem er vor vier Jahren reanimiert worden sei. Letzten Samstag hätte man die Schwelle von 900 Eintritten geknackt. Dabei hätten sich leider auch negative Seiten gezeigt wie z.B. Alkohol-

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

schmuggel. Das Sicherheitsdispositiv werde nun in Zusammenarbeit mit dem GSD angepasst. Doch insgesamt gebe es verhältnismässig wenige Vorfälle.

Er begrüsst auch den im Publikum anwesenden Roland Engeler, den Nachfolger von Hanspeter Handle als Abteilungsleiter Sicherheit/Polizeichef.

**Hansruedi Fitze** erkundigt sich, ob mit der Kanalisation im Wald etwas gegangen sei.

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** erklärt, es gebe zwei Kanalisationsabschnitte. Die eine gehe nur durch den Wald, die andere bis zur ARA. Die zweite Etappe habe fertig gestellt werden können. Die erste sei noch in Abklärung. Der Unternehmer habe das Bauwerk nicht wie bestellt fertig stellen können. Es gebe ein unerfreuliches juristisches Nebenspiel.

### Informationen der Vorsitzenden:

Am 27. Oktober 2010 habe die bezirksrätliche Visitation stattgefunden. Zweck der Visitation sei nebst der Überprüfung der Akten auch die Führung von Gesprächen gewesen. Es liege noch kein offizieller Bericht vor, aber sie habe gute Rückmeldungen erhalten.

### *Rechtskraft der Beschlüsse*

Die Beschlüsse aus der Sitzung vom 6. September 2010 und 4. Oktober 2010 sind rechtskräftig geworden.

### *Rechtsbelehrung:*

Die Vorsitzende verweist auf § 151 des Gemeindegesetzes. Auf ihre ausdrückliche Frage betreffend die Geschäftsführung werden keine Einwände erhoben.

Bülach, 19. November 2010

Für die Richtigkeit:

Severine Schwarz, Ratssekretärin-Stv.

## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat



Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. November 2010

Geprüft:

Andrea Spycher  
Gemeinderatspräsidentin

Stephan Stottele  
1. Vizepräsident

Denis Faoro  
2. Vizepräsident

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderats
- Mitglieder des Stadtrats
- Stadtschreiber
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretärin
- Protokollsammlung